

Bestimmungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonntag

29. August 1925

Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der Osten in Bewegung.

China-Konferenz der Mächte in Peking. — Syrien im Aufstand.

„Offener Kampf zwischen Chinesen und Fremden in Kanton,“ so lautete der englische Klammruf, der Mittwoch spät nachts überall hin gedrahtet und gesandt wurde. Nähere Nachrichten sollten noch nicht vorliegen. Sie sind auch den ganzen Donnerstag über nicht gekommen. Aber Freitag früh erhält man folgende Aufklärung:

Tokio, 29. August. (WTB.) Die japanische Regierung hat in Kanton wegen des Angriffs auf drei japanische Matrosen, von denen einer getötet und die beiden anderen schwer verwundet wurden, Protest erhoben. Der Vorfall scheint sich so abgespielt zu haben, daß 15 japanische Matrosen zur Hilfeleistung für einen im Sinken begriffenen Dampfer abkommandiert waren, wobei ihr Motorboot durch Schüsse von der chinesischen Uferbefestigung aus zum Sinken gebracht wurde.

Man weiß, daß die kantonische Nachthaber englischen und japanischen Schiffen die Einfahrt verboten haben. Das ist wohl eine Kriegshandlung, so dürfte auch dieser Angriff zu werten sein.

Eine andere Londoner Meldung stellt die Kantonregierung als fast ganz „kommunistisch“ hin; bei der Machtübernahme durch die Kommunisten, die von allen chinesischen Parteien und dem größten Teil des Militärs unterstützt worden wären, sei es zu Schieberereien mit englischen Wachtposten gekommen. Das ist wohl der „offene Krieg gegen die Fremden“.

Gemeinsame Beratung von China's Rechtsverhältnis.

London, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Die in China interessierten Mächte erklären sich gegenüber der chinesischen Regierung in einer Note bereit, am 26. Oktober in Peking zu einer Tarifkonferenz zusammenzutreten sowie eine Kommission zu bilden zur Beratung der extraterritorialen Rechte. Daneben erhält die Note eine Mahnung an die chinesische Regierung, Ruhe und Ordnung in China aufrechtzuerhalten.

Japan verspricht sich von Gewaltanwendung nichts.

London, 29. August. (WTB.) „Daily Mail“ meldet aus Tokio: Die japanische Regierung nehme die Meldungen über angebliche Vorbereitungen einer energischen Aktion Großbritanniens nicht ernst.

Eine der hervorragendsten japanischen Persönlichkeiten erklärte dem Berichterstatter, in China könne die Lage nirgend durch Gewalt geregelt werden. Japan sei überzeugt, daß ein Punkt erreicht sei, bei dem die einsichtigsten Staatsmänner mit den Staatsmännern Chinas bei der Lösung des augenblicklichen Problems, das nicht nur den Osten, sondern die ganze Welt berühre, zusammenwirken müßten.

Ganz Syrien im Aufstand?

„Damaskus noch in unserem Besitz.“

Paris, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Aufstand der Druzen, den man zunächst als eine rein lokale Bewegung dargestellt hat, scheint zu einer allgemeinen Aufstandsbeziehung in ganz Syrien angewachsen zu sein. Die französischen Behörden haben in Damaskus eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Die Bewegung, die in enger Verbindung mit den panislamitischen Bestrebungen in den Nachbarländern steht, sucht die Selbständigkeit Syriens zu erreichen. Die Dürftigkeit der in Paris vorliegenden Nachrichten erlaubt jedoch nicht, die genaue Ausdehnung der Bewegung anzugeben. Die französische Regierung bestreitet die Richtigkeit der englischen Meldungen, wonach Damaskus bereits in den Händen der Aufständischen sein soll. Diese Nachricht sei vollkommen aus der Luft gegriffen.

Fliegerbomben auf die Kabylen.

Madrid, 29. August. (Havas.) Der amtliche Bericht besagt über die Lage in Spanisch-Marokko, daß bei der Beschlebung von Adir eine Fliegerbombe in einen Schützengraben eingeschlagen und dort explodiert sei. 48 Eingeborene, die sich dorthin geflüchtet hatten, seien getötet worden. Eine weitere Fliegerbombe habe in Tensana 8 Eingeborene getötet und 12 verwundet.

Faschismus und Teuerung.

Mussolinis Ruther-Experiment.

(Von unserem Korrespondenten.)

Rom, den 26. August 1925.

Das plötzliche Aufschwellen aller Preise zeitig in Italien eine ganz eigenartige Situation. Normalerweise findet jede Teuerung in Zeiten industrieller Hochkonjunktur ziemlich schnell ihren Ausgleich durch Bewilligung höherer Löhne. Wo diese Bewilligung nicht unter der Drohung einer möglichen Arbeitseinstellung erfolgt, wird sie in der Regel durch Arbeitseinstellungen einfach erzwungen.

Dieser normale Ausrat des Mißverhältnisses zwischen den Kosten des Lebensunterhaltes und den Löhnen kann aber im heutigen Italien nicht erfolgen, wegen der politischen Haltung der Regierung gegenüber der Arbeiterbewegung. Die faschistische Regierung rechnet es sich als großes Verdienst an, die Streiks fast aus der Welt geschafft zu haben. Dieses aus der Welt schaffen war ihr möglich, weil die Perioden des Abflauens einer Krise, in denen die Industrie allmählich die Arbeitslosen wieder an sich zieht, überhaupt den Lohnbewegungen nicht günstig sind. Heute hat aber die Industrie so ziemlich alle verfügbaren Arbeitskräfte angestellt, kann nicht auf Reserven zurückgreifen und produziert intensiv und mit hohem Profit für den auswärtigen Markt, begünstigt durch die ungünstige italienische Valuta. Dieser schlechte Stand der Vira treibt auf der einen Seite die Produktion an, während er auf der andern Seite notwendig die Preise auf den innern Markt verteuert. Es liegt in der Natur der Dinge, ist eine typische Erscheinung des Klassenkampfes, daß die Arbeiterschaft sich in solcher Sachlage dagegen zur Wehr setzt, die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmer auf dem auswärtigen Markt durch die Notlage der Arbeiter aufrecht zu erhalten.

Nun ist aber die italienische Arbeiterschaft entwaflnet und wehrlos. Ihre Organisationen sind zersprengt, ihre Kassen sind leer. Trotzdem könnte sie, wenn man ihr Pressfreiheit, Versammlungsrecht und Vereinsrecht zurückgäbe, ihre Lohnkämpfe führen, und siegreich führen, denn die Interessen der Produktion selbst drängen heute auf bessere Löhne, die auch die Krise des innern Marktes, des Detailhandels wesentlich abschwächen würden. Aber die faschistische Regierung kann nicht zurückgeben, was sie genommen hat, denn sie befindet sich dem Unnehmertum gegenüber in einem Zustande der Abhängigkeit, der an Notmöglichkeit grenzt. Der Faschismus hat eine kindliche Weltanschauung, die er selbst als „dynamisch“ bezeichnet. Er denkt, wenn Mussolini will, dann spricht ein Olivenzweig auf dem mit Arbeiterblut besetzten Knüttel und die mit der Möglichkeit zur Erraffung hoher Profite ausgestatteten Unternehmer legen diese Möglichkeit dem Diktator opferwillig zu Füßen. Er bildet sich ein, es könne aus dem Regime der Gewalt und der Plutokratie ein friedliches und gerechtes Nebeneinanderleben der Klassen folgen. Wie der unglückliche Friedrich Wilhelm I. von Preußen die Liebe seiner Untertanen mit dem Rohrstock erzwingen wollte, so will Mussolini die Klassenharmonie durch ein ebenso ungeeignetes Mittel erzwingen: indem er zugunsten des Unnehmertums das Machtverhältnis der beiden Klassen verschiebt und dann von diesem Unnehmertum erwartet, daß es nun aus Vaterlandsliebe die Folgen der Verschiebung nicht ausnützen werde.

Mussolini und die Seinen scheinen in dem Irrwahn befangen zu sein, daß sich wirtschaftliche Verhältnisse durch Willensakte regeln. Mit wirklich Froebelscher Methode belehren ihn nun die Dinge eines Bessern. Er bildete sich ein, er könne den Kornzoll einführen, ohne eine allgemeine Teuerung herbeizurufen, aber die Teuerung kam sofort, sprang auf alle andern Lebensmittel und dann auf die industriellen Waren über, ihrer wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit folgend, wie ein Stein der Schwerkraft. Nun rollt der Stein weiter: die Löhne müssen erhöht werden. Und Mussolini denkt noch einmal, er kann den Stein von seiner Bahn ablenken: die Unternehmer sollen die Lohnzuschläge bewilligen, wie sie das in andern Ländern in gleichen Situationen tun. In gleicher Situation bewilligen aber die Unternehmer keine Lohnzuschläge, wenn sie nämlich wissen, daß die Regierung den Arbeitern den Fuß auf dem Nacken hält. Die faschistische Korporationen appellieren an den Patriotismus der Kapitalisten, die die gleitende Lohnskala bewilligen sollen. Da können sie lange appellieren!

Wenn nun aber die Regierung ihren Fuß vom Nacken der Arbeiterschaft zurückzieht? In der ganzen Haltung der faschistischen Korporationen blüht diese Drohung durch. Aber die Regierung kann diese Drohung nicht wahr machen, weil sie wirtschaftlich vom Unnehmertum abhängt. Ein fast dreijähriges inniges Zusammenarbeiten, während dessen ein vielfadiges Gewebe von Geben und Nehmen gewoben wurde, hat den Regierungsmechanismus und die Parteihierarchie mit kapitalistischen Elementen durchseht, in einer Weise, daß der ganze Zusammenhalt durch einen Konflikt zwischen Faschismus und Unnehmertum erschüttert, ja, zerstört werden würde.

Die ganze Taktik der Regierung geht heute darauf aus, die Unternehmer zu kleinen Zugeständnissen zu bewegen. Diese Probeur gelang unlängst bei einem Lohnvertrag der Fiat in Turin, wobei die Kommunisten den Betriebsräte der Fiatfabriken sich insofern um den Faschismus verdient machten, als sie die Arbeiterschaft durch Ueberumpelung zur Unterschrift eines bis zum November verbindlichen Vertrages bewegen, der ihnen nur minimale Zuschläge sichert.

Preisabbauaktion und Lohnpolitik.

Die Rechte sucht nach Prügelnaben.

Der wahre Sinn der sogenannten Preisentungsaktion wird so recht offenbar, wenn man die reaktionäre Presse verfolgt. Wie auf ein gemeinsames Zeichen ertönte gestern in der ganzen Rechtspresse der Ruf: Die Linke sabotiert den Preisabbau. Warum? Weil die Arbeiterschaft angeblich durch ihre Lohnpolitik Herrn Luther an seiner famosen Verbilligung der Preise behindert! Am tollsten macht es der „Tag“ in seiner schwarzweißen Nachtausgabe. Er brachte gestern sogar ein Bild, das den Reichskanzler Luther darstellt, der mit einer Leiter angerückt kommt, um von einem Baume die Preise herunterzuholen; ein Arbeiter reißt ihm die Leiter fort. Im politischen Teil liefert er den Kommentar zu dieser Darstellung, indem er nach einer an Gehässigkeit nicht zu überbietenden Kritik der letzten Lohnverhandlungen schreibt:

Unter diesen Umständen wächst natürlich die Berechtigung an einen endgültigen Erfolg der Preisentungsaktion zu zweifeln, denn wenn überall der normale Gang der Wirtschaft unterbrochen wird, wenn Streikdrohungen, Teilstreiks und Erwartungen hinsichtlich eines Generalstreiks geächtet und genährt werden, dann muß natürlich in der deutschen Wirtschaft eine Unsicherheit entstehen, die bares Geld kostet, die die Ware eher verteuert als verbilligt. In der Inflationszeit war es üblich geworden, die erwartete Teuerung von vornherein im Lohn zum Ausdruck zu bringen. (1) heute treibt man mit dieser selbstverständlich überholten und gerade jetzt durchaus unberechtigt erscheinenden Methode parteipolitische Geschäfte.

Es ist also ein parteipolitisches Geschäft, wenn der Arbeiter für seine Arbeit das Recht auf Nahrung und Leben fordert! Ob wohl der Redakteur, der das geschrieben hat, dieser Meinung auch Ausdruck verliehen hat als er seinen Kontrakt mit dem schwerindustriellen Arbeitgeber geschlossen hat? Wir bezweifeln es!

Nein, die Hehe der Rechtsblätter gegen die Arbeiterschaft ist ebenso gemein wie verlogen. Die Anfänge der Lohnbewegungen, die jetzt eingeleitet sind, liegen — z. B. im Bauarbeiterstreik — Monate zurück, andere sind auf die tatsächliche und nicht einmal von den Arbeitgebern bestrittene Teuerung zurückzuführen. Als es galt, mit der Zolltarifgesetzgebung dieser drohenden neuen Teuerung entgegenzuwirken, die schuf man bewußt und entgegen allen Warnungen der Arbeiterschaft den Hochschutzzoll, trieb also absichtlich die Preise in die Höhe. Die Rechtsregierung hat auf jeden Rat und auf jeden Protest der Opposition verzichtet, sie hat sich zur Dienerin des hochschutzzöllnerisch gerichteten Großkapitals gemacht. Und diese Regierung will nun glauben machen, sie könne durch ein Kommandowort und durch ein paar Anordnungen die von ihr gewollte Entwicklung zurückschrauben?

Nein, man sucht eben nur den Prügelnaben für das Scheitern einer Aktion, die von vornherein zur Ausichtslosigkeit verurteilt war und an deren Erfolg nicht einmal ihre Urheber ernsthaft glauben. Einmal ist der Kleinhändler daran schuld, ein andermal sind es andere — niemals aber die Kreise, die mit ihrer Zollagitatorik und mit dem Gesetz selbst die Voraussetzungen der Teuerung schufen, die die Ruß-

nieder der Zölle sind und die die Presse vom Schlage der Scheer-Blätter in der Hand haben! Man wußte, daß die Preise nicht sinken und daß die Unternehmer der Parole Luthers auch dann nicht folgen würden, wenn es der Regierung mit ihren Versprechungen ernst wäre. Weil man das wußte, darum ist man schon jetzt mit dem Geschrei bei der Hand, obwohl für große kämpfende Berufsgruppen das Ergebnis der Lohnauseinandersetzungen noch garnicht feststeht. Das ist echt reaktionäre Kampfesweise. Man soll ruhig so fortfahren. Die Arbeiterschaft kann nur dabei lernen, wo ihre Freunde nicht sind, und sie werden sich diese Lehre nicht hinter den Spiegel stecken!

Reparations-Schiedsgericht.

Im Haag.

Paris, 29. August. (WTB.) Das Schiedsgericht im Haag, das auf Grund der Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 und einer von der deutschen Regierung mit der Reparationskommission getroffenen Vereinbarung zur Entscheidung von allen Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und der Reparationskommission über die Auslegung der Londoner Abmachungen, des Sachverständigenplanes und der zu seiner Ausführung erteilten deutschen Befehlsgebung zu ernennen war, ist wie folgt zusammengesetzt: Walter P. Coote, Buffalo, Markus Wallenberg, Stockholm, A. G. Bröcker, Haag, Wendelsjohn Bartholdy, Hamburg, Richard Rist, Paris.

Der Schiedsvertrag zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission vom 28. August 1925 bestimmt, daß das Schiedsgericht entscheiden soll, ob im Verhältnis zu der Reparationskommission als Vertreterin der alliierten Regierungen, die das Sachverständigenplane an den Generalagenten für Reparationszahlungen zu leistenden Jahreszahlungen, die folgenden Zahlungen und Uebertragungen umfassen:

Die Uebertragungen Deutschlands an Frankreich, Belgien und Polen hinsichtlich der Rücklagen der Sozialversicherung und der in deutscher Zeit erdienten Zivil- und Militärpensionen in den betreffenden abgetretenen Gebieten.

Die Rücklieferung von belgischen Eisenbahnmotoren, die von Deutschland nach dem Restitutionsabkommen mit Belgien vom 6. September 1924 bewirkt wird.

Die Naturalrestitution von Gegenständen aller Art und Wertpapieren gemäß Artikel 238.

Französische Industrielle gegen deutsche Sachlieferungen.

Paris, 29. August. (TL.) Gegen den Vorschlag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, 470 000 automatische Bremsen von Deutschland als Sachlieferung auf das Reparationskonto zu bestellen, hat der Verband der französischen Metallindustriellen Einspruch erhoben.

Die Kapp-Putschisten frei.

Auch Ehrhardt darf wiederkommen.

Leipzig, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, sind die Kapp-Putschisten Ehrhardt, Bauer und andere amnestiert worden. Der Oberreichsanwalt hat gegen sämtliche Putschisten den Haftbefehl aufgehoben, auch gegen den seit langem flüchtigen Kapitänleutnant Ehrhardt.

Studet man die Unternehmern tollig, als Angablung auf künftige Begünstigung durch die Regierung keine Zuschläge zu gewähren, dann werden die Korporationen fiktive Lohnbewegungen inszenieren, worauf der Patriotismus der Unternehmer die Harmonie der Klassen wiederherstellen wird.

Bisher nehmen die faschistischen Korporationen bei ihren „Errungenschaften“ die Arbeiter aus, die nicht bei ihnen organisiert sind. Diese Taktik werden sie sicher fallen lassen müssen. Programmäßig kann sich die Sache überhaupt nur abwickeln, wenn die Unternehmer schnell das Bisherige zu geschehen, was sie beabsichtigen, und wenn die Arbeiter bescheiden sind. Am 25. August sind bereits die Marmorarbeiter in Turin in den Zustand getreten und zahlreiche kleine Streiks werden aus den kleineren Städten gemeldet. Einstweilen gibt Farinacci den Arbeitern den Rat, weniger zu konsumieren! Die Weiterbewegung scheint eine elende Lebenshaltung des eroberten Volkes zur Voraussetzung zu haben.

Nebenbei verbreitet ein Teil der faschistenfreundlichen Presse die Nachricht, daß die Regierung einen „Auch nach links“ plane und durch ein erfundenes Interview des Genossen D'Aragona, Generalsekretär der Konföderation der Arbeit, will man glauben machen, daß diese Umstellung bei den Gewerkschaften Entgegenkommen finden würde. Das sind natürlich Seeschwärze. Die Gewerkschaften haben vielmehr bei der Konföderation der Industrie um eine Unterredung nachgesucht, um über die neuen Lohnsätze schlüssig zu werden.

Es naht sich offenbar ein historischer Zahlungstermin für den Faschismus. Er hat den Unternehmern versprochen, die Arbeiter werlos zu erhalten, und hat für diese Dienstleistung reichliche Gegendienste angenommen. Gleichzeitig hat er sich das Verdienst dafür erworben, daß Italien die Periode der Wirtschaftskrise überstanden hat, was natürlich für die Masse der Arbeiterschaft eine Besserung bedeutet hat, da Arbeitslosigkeit viel schlimmer ist, als schlecht bezahlte Arbeit. Heute läßt sich aber mit der schlecht bezahlten Arbeit nicht mehr leben. Aus dieser Situation gibt es mit patriotischen Redensarten keinen Ausweg. Im Regime politischer Gleichberechtigung gebiert eine solche Lage eine Periode wirtschaftlicher Kämpfe, die zu neuen Arbeitsbedingungen führt. Nun soll der Faschismus zeigen, wie sich im Zeichen der „Harmonie von Arbeit und Kapital“, gegenüber einer entrechteten und bevormundeten Arbeiterschaft, die für die ganze Nation lebenswichtigen Forderungen der Massen durchsetzen.

Aus dem Zentrum.

Stimmen gegen die Antwort Fehrenbachs.

Frankfurt a. M., 29. August. (S.M.) Die „Rhein-Mainische Volkzeitung“ gibt den Briefwechsel zwischen dem Reichsanwalt a. D. Dr. Wirth und dem Reichsanwalt a. D. Fehrenbach im Wortlaut wieder und knüpft daran einige Bemerkungen, die deutlich genug sind, um Herrn Fehrenbach klar zu machen, wie man in süddeutschen Kreisen der Partei über seine geschickte Führung der Fraktion denkt. Das Zentrumblatt schreibt, nachdem es den Vorwurf, Wirth habe in Erregung gehandelt, entschieden zurückgewiesen hat: „Die Argumente, mit denen Fehrenbach dann im einzelnen die Haltung der Fraktion zu rechtfertigen sucht, beziehen sich auf zwei Fragen, einmal auf die Beteiligung an der Regierung Luther überhaupt, sodann auf das Verhalten der Fraktionsmehrheit gegenüber der Opposition am 8. und 10. August.“

„Was Fehrenbach zu der ersten Frage zu sagen hat, ist eine große Ueberraschung. Denn wir erfahren da zum ersten Male, daß für die Beteiligung des Zentrums an einer Regierung nicht nur den Zwang der parlamentarischen Rechtsverhältnisse und die Opposition der Deutschen Volkspartei maßgebend war, sondern auch die Rücksicht auf bestimmte Wählerkreise, die von einer Verbindung mit der Linken nichts wissen wollen. Daß der Einfluß solcher Wählerkreise in der Fraktion schon

immer wirksam war, ist eine alte Sache, aber daß jetzt von der offiziellen Fraktionsführung zugegeben wird, daß das Zentrum diesem Kreise zuliebe die Verbindung mit der Linken gelöst hat, das von dieser Stelle zu hören ist uns völlig neu und ebenso völlig unbegreiflich. Bisher dachten wir in der Zentrumsführung gelle noch immer das prachtvolle Wort Adolf Gröber: „Mag die Partei zugrunde gehen, wenn nur das Vaterland erhalten bleibt.“ Nun aber werden wir in dem Schreiben Fehrenbachs darüber belehrt, daß außer den faschischen Gründen auch die Stimmung der sogenannten Intellektuellen der Landwirtschaft und anderer Wähler des württembergischen Oberlandes und — Bayerns für die Entscheidung der Fraktion maßgebend waren. Wir verlangen gewiß nicht, daß die Fraktion die Meinung dieser Kreise ignorieren soll, aber wir meinen: Entweder haben diese Kreise recht und dann hätte das Zentrum nie mit der Linken gehen dürfen, oder sie haben (was Fehrenbach übrigens zugibt), nicht recht und dann darf ihnen zuliebe der einmal richtig erkannte Kurs nicht aufgegeben werden.“

Diese Andeutungen dürften Herrn Fehrenbach und vielleicht auch der Fraktionsleitung des Zentrums zu denken geben.

Verständigungsversuche mit Wirth?

Frankfurt a. M., 29. August. (Mib.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Freiburg erzählt, ist der Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth, der mit Weiblichshof Burger und Prälat Dr. Schofer aus dem Rathstagsort in Stuttgart zusammengetroffen war, mit diesen beiden Herren nach Freiburg gereist zwecks Anbahnung eines Verständigungsweges.

Das „zuckerfüße Brüderchen“.

Deserteur, Spion, Wechselreiter und deutschnationaler Vertrauensmann.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Herr Wolfgang Breithaupt, der Eideshelfer Knoll-Klug-Klausings, hat noch über den Inhalt ihrer Mitteilungen in Nr. 208 hinaus eine beachtliche Vergangenheit. Nachdem Breithaupt, der Sohn des national-liberalen Generalsekretärs, sich als Deserteur in Holland, je nach Zahlung, im Spionagedienst der Entente und der Zentralmächte betätigt hatte, gründete er Ende 1918 eine „Weltfriedensunion“ mit dem Sitz in Amsterdam. Tatsächlich gelang es ihm, hierfür eine beträchtliche Summe mobil zu machen. Nachdem er das Geld, ohne daß die geringste praktische Arbeit geleistet war, vornehmlich bei nächtlichen Festen in seiner luxuriösen Villa verpulvert hat, verließ er die Niederlande. Die holländischen Justizbehörden hatten auf ihn wegen verschiedener dunkler Angelegenheiten ein scharfes Auge geworfen.

Darauf verweilte er ein Jahr in Estland, um dann plötzlich in Deutschland, angeblich als „Kurier des Auswärtigen Amtes“, wieder aufzutreten und teils gegen Barzahlung, teils auf Kredit, seine Zeit mit Sektgelagen zu verbringen. Die Herrlichkeit dauerte indessen nicht lange, da er plötzlich in einer dunklen Wechselreiter verhaftet und wegen Betruges zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Aus dem Gefängnis entlassen, machte er noch eine Weile auf den Redaktionen der Linkspresse, namentlich bei der „Berliner Volks-Zeitung“ Schnorrbesuche, trotzdem er inzwischen sein deutschnationales Herz entdeckt habe. Eines Tages entpuppte er sich dann in der „Täglichen Rundschau“, die damals noch von Hufschung geleitet wurde, als „Enthüller“. Und seitdem ist der Ehrenmann weiter im Dienste der Deutschnationalen geblieben. Auch Stein-Kumpelitzky steht mit ihm in Verbindung.

Sie haben Recht: „Ein zuckerfüßes Brüderchen in der Tat!“

Lehrbücher — nicht Heftchriften!

Weltkirchenkonferenz und Geschichtsunterricht.

Stockholm, 29. August. (Mib.) Die Weltkirchenkonferenz beriet über eine Reform der Schulbücher des Geschichtsunterrichts im Sinne des Sichverhaltens der Völker. Professor Nordenskiöld, Göttingen erklärte u. a.: Vieles ist namentlich an den Geschichtslehrbüchern auszufinden, die zu einseitig sind. Ganze Völker dürfen hierin nicht als minderwertig, bekadent und barbarisch bezeichnet werden. Als Abhilfe hierfür gibt es zwei Wege: Beeinflussung der Lehrer und Veränderung

der Lehrbücher. Der Redner schlägt neben nationalen Kommissionen die Gründung einer internationalen Kommission für Schulbücherfragen mit je einem oder mehreren Mitgliedern aus möglichst vielen Ländern vor, die den Auftrag erhalten soll, die erscheinenden Lehrbücher zu prüfen und regelmäßige Berichte zu erlassen, die veröffentlicht werden sollen. Die Frage sei im Hinblick auf die nationalen konservativen Kräfte schwierig, es dürfte deshalb keine vorläufige Maßnahme getroffen werden. Dr. Ansie-America verlangte, daß der Einheitsgedanke durch die Welt getragen werden soll. Von den vier deutschen Sprechern stimmte Oberkonsistorialrat Scholz-Berlin dem Kommissionsbericht im allgemeinen zu, protestierte jedoch gegen die geschichtlich ungenaue Behauptung des Ergänzungsberichtes, daß der deutsche Geschichtsunterricht wie die deutsche Politik seit langem dynastisch und militäristisch gewesen sei. (Ein Blick in die Lehr- und Geschichtsbücher, wenigstens bis vor einigen Jahren, aber auch in allzu viele neue — genügt! Red.) Der Redner stellte dem Antrage Bedenken entgegen und schloß: „Von unseren Helden lernen wir den Willen zur Lebenshingabe für das Vaterland.“ Oberlehrerin Barth, die darauf das Wort ergriff, verwies auf die preußische Schullehre, die ein inneres Versehen fremder Volkskulturen betont und beantragte einen Austausch pädagogischer Literatur unter den einzelnen Arbeitsgemeinschaften der Länder und den Austausch von Lehrern.

Der Saarskandal.

England kennt ihn — wird es ihn abschaffen?

London, 29. August. (Mib.) „Times“ veröffentlicht eine scharfe Kritik Donalds an der vom Völkerbund ernannten Regierungskommission für das Saargebiet. Donald schreibt, der farblose Bericht der Kommission für die nächstwöchige Tagung des Völkerbundes enthalte keinen Hinweis auf die wirkliche Stimmung im Saargebiet. Während des letzten Jahres habe die Mehrheit der Kommission keinen Fortschritt gemacht, um die Einwohner mit der Regierung durch den Völkerbund zu versöhnen oder um ihr Vertrauen zu gewinnen. Die Handlungsweise der Kommission während der Jahrausdenkfeier im Rheinland habe im Gegenteil Mißtrauen erzeugt und einen seltsamen Mangel an Urteilskraft bewiesen. Donald geht dann im einzelnen auf die einschränkenden Verfügungen der Kommission bei der Jahrausdenkfeier ein und bemerkt: Das Saarland zeigte durch sein ruhiges und friedliches Benehmen bei der Feier, daß es Vertrauen verdiene, obwohl seine augenblicklichen Beherrscher es ihm verweigern. Donald weist darauf hin, daß der Präsident der Kommission, Kault, das belgische Mitglied Lambert und das tschechische Mitglied Bezensky in amtlicher Eigenschaft an der Parade der französischen Truppen, die längst durch eine Saargendarmarie ersetzt sein müßten, am 14. Juli teilnahmen und beim Vorbeimarsch der französischen Garnison deren Salut entgegennahmen. Er geht sodann auf die fortgesetzte Unterdrückung der Presse ein. Die Kommission schreite jedoch nicht ein, wenn grobe Skandale, in die führende Beamte verwickelt sind, von Saarblättern ausgedeckt werden. Donald betont zum Schluß, daß die Mitglieder der Kommission mehr daran interessiert sind, nach den augenblicklichen Interessen Frankreichs zu schauen und dessen künftige Interessen zu sichern, als in Uebereinstimmung mit dem Geist und dem Buchstaben des Vertrags und der Verfassung die Wohlfahrt der Einwohner zu fördern.

Dr. Zeigner freigelassen. Der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner ist nach seiner Begnadigung gestern aus dem Gefängnis entlassen worden.

Eine Wagenladung von 500 000 Unterschriften ist im Londoner Auswärtigen Amt angekommen. Der sozialistische Abg. Hudson hat sie für eine Petition gesammelt, in der die Regierung erlucht wird, das Prinzip der schiedsgerichtlichen Entscheidung für alle internationalen Streitigkeiten anzunehmen.

Sowjethandelsgeleite ertrunken. Der Leiter der Handelsstelle für den Handel mit Amerika, Schurgin, und der Vorposten des Moskauer Tegettrucks, Sklansky, sind während eines Unwetters in einem See in der Nähe New Yorks ertrunken.

Zeitungsverbote im besetzten Gebiete. Wie die „Königliche Zeitung“ aus Koblenz meldet, hat die Rheinlandkommission vom 5. September bis zum 5. Dezember das „Hamburger Fremdenblatt“ und „Die junge Garde“ im besetzten Gebiet verboten.

Fahndungsdienst der Finanzverwaltung.

Der Kampf gegen Steuerhinterzieher und Schmuggler gehört zu den umfangreichsten und schwierigsten Aufgaben der Staatsbehörden. Nur selten dringen in die Öffentlichkeit Nachrichten über die Tätigkeit der Organe, die diesen Kampf zu führen haben. So berichtete die Presse vor einiger Zeit über das Schmuggelwesen an der deutsch-holländischen Grenze, dessen Hauptgegenstände Tee, Kaffee, Tabak usw. bilden. Die Schmuggler finden sich oft zu ganzen Bänden zusammen, haben Geheimchriften und Wahrzeichen, um einander zu erkennen, misbrauchen Kinder zu ihren Zwecken und sind schier unerschöpflich im Erfinden immer neuer Schmuggelmethoden. Bald stellen sie den ganzen Menschen mit Blechgefäßen, mit Pils-, Knie- und Brustwärmern aus, bald täuschen sie mit Blechgefäßen eine schwangere Frau vor, bald verwenden sie Binden, Sägen, Spazierstöcke aus Blech, Radfahrertaschen, Bücher mit teilweise ausgeschlittene Blättern, Kammern, Koffer mit Doppelsölden, Kleidungsstücke, Stoffbehälter für den Scharlachschmuggel usw. Bürsten dienen zum Brillantenschmuggel, und in Käseverpackungen werden Damenuhren über die Grenze gebracht. An der holländischen Grenze werden Hunde zu Schmuggelzwecken abgerichtet, die den ganzen Tag ohne Nahrung eingesperrt bleiben und abends stracks über die Grenze dorthin laufen, wo, wie sie wissen, sie etwas zu fressen erhalten. Sogar Röhrenwagen mit Doppelsölden werden hergerichtet, Verbindungstüren, Wände und Koffer in den D-Jügen, Führerstände und Lehnen der Bänke in den Straßenbahnwagen müssen herhalten. Besondere Wege geht der Schmuggel zu Wasser. In den Barkassen befinden sich verborgene Hohlräume; an Stelle von Sand dient Ware in den Schiffen als Ballast, Tonnen werden unter dem Schiff oder an Flößen untergebracht, die unter der Wasseroberfläche nachgeschleppt werden. Manche Schmuggler sind sogar so schlau, daß sie beim Herannahen der Zollkontrolle die Tonnen mit Schmuggelwaren, mit Salzfüßen beschwert, ins Wasser werfen. Das Salz löst sich allmählich im Wasser auf und die Tonnen erscheinen, nachdem die Kontrolle vorbei ist, wieder an der Oberfläche. Besonders raffiniert sind die Steuerhinterzieher bei der Entnahme von Brautwein aus versiegelten Käuern. Auch die Tabaksteuerhinterziehung und die Fälschung von Banderolen stehen in hoher Blüte.

Das Reichsfinanzministerium bedarf zur Bekämpfung dieses Unwesens eines besonderen Fahndungsdienstes. Die Zoll- und Verbrauchsteuerverwaltung einerseits und die Steuerverwaltung andererseits haben die Verhütung, Aufdeckung und Verfolgung der Zoll- und Steuerhinterziehungen zur Aufgabe. Neben der Heberwachung der Befolgung der Steuererlasse untersteht ihnen besonders die Kontrolle der Spiritusherstellung, der Ein- und Ausfuhr überhaupt, der Sprengstoffe, der Bekämpfungsmittel, der Phosphorfabrikate, die Durchführung des Glühstoffgesetzes usw. Dafür müssen die Beamten, besonders die der Zollverwaltung, weitreichende Befugnisse haben, selbst das Recht der körperlichen Durchsichtung und Beschlagnahme von Waren. Sie sind gewissermaßen Hilfsorgane der Staatsanwaltschaft. Der Kampf mit dem modernen Schieberwesen, das sich auf der modernen Technik bedient und bei der Steuerhinterziehung nicht vor den raffiniertesten Kniffen der Buchführung zurückschreckt, erfordert auch von den Steuerbehörden Spezial-

fachkenntnisse. Sie beobachten Lurusbäder, Repp- und Nachkolale, Schieberplüge u. a. m. Die Bekämpfung des Schmuggels erfordert Beobachtung der wirtschaftlichen Vorgänge diesseits und jenseits der Grenze, um zu erfahren, welche Waren hauptsächlich als Schmuggelobjekte in Betracht kommen. Es gilt auch, die Schmuggelware vom Ausgangspunkt bis zum Empfänger zu verfolgen.

Die beste Rechtfertigung für den besonderen Fahndungsdienst der Reichsfinanzverwaltung bilden die hohen Summen, die dem Staate daraus zufließen. So wurden allein in Berlin im Jahre 1924 8514 Steuerergebnisse aufgedeckt, die dem Staate 4 458 000 M. an Mehrsteuern und Geldstrafen einbrachten. Das ganze Reich zählte im gleichen Zeitraum 11 712 solcher Fälle, die 26 799 000 M. einbrachten. Die Eingänge an Böllen, um die der Staat geprellt werden sollte, beliefen sich für Berlin auf 6 975 000 und für das Reich auf 36 226 000 M. Der große Erfolg ist natürlich nur daraus zu erklären, daß der Fahndungsdienst des Reichsfinanzministeriums Hand in Hand mit den übrigen Polizeibehörden arbeitet.

Der ewig junge Bernard Shaw.

Das Deutsche Theater hat gestern seine Winterpielzeit mit einer sehr gelungenen Aufführung von Bernard Shaws „Man kann nie wissen“ eingeleitet. Die Komödie ist schon drei Jahrzehnte alt, aber noch nicht ein bißchen angestaubt. Jetzt ist es der alte Shaw, dessen ewig junger Geist uns entgegenstrahlt, der sich ein von jeder Traktion befreites, nur nach vernünftigen Grundfragen geordnetes Weltbild geschaffen hat. Der bezwingende Reiz Shawscher Dialektik besteht darin, daß diese Anschauungen der Vernunft paradox erscheinen. Hier handelt es sich um den Anspruch eines Vaters auf Kindesliebe, der 18 Jahre von seiner Familie getrennt gelebt hat und voller Entsetzen die Unmöglichkeit sieht, seinen in freimütigen Erziehungsprinzipien aufgewachsenen Kindern sein väterliches Recht klar zu machen. An Fröhlichkeit übertrifft die alte Komödie die modernsten landesüblichen Lustspiele und an tiefem Sinn die ernstgemeintesten Dramen. Die unerwartet und offenerzig ausgeprochenen Selbstverständlichkeiten wirken heute noch wie eine Offenbarung. Da, wie die Erfahrung zeigt, die Welt immer noch an ihren wurmfressigen Ueberkommenheiten mit Zähigkeit festhält, wird Bernard Shaw voraussichtlich noch lange jung bleiben.

Die von Erich Engel mit aller Sorgfalt einstudierte Aufführung war leicht beschwingt und wurde offenbar den Intentionen des Dichters vollkommen gerecht. Man kann sich nicht vorstellen, daß die Rollen hätten besser besetzt werden können als es geschehen ist. Den veralteten Vater gab Hermann Ballentin in der Maske eines alten Seebären, in dessen Gesicht es stets vor innerer Erregung, verzweifelter Unverständnis mit der neuen Zeit weiterleuchtete. Es war eine tragische, bemitleidenswerte und fast lächerliche Figur. Die beiden Kinder fanden in Hans Brausewetter und Grete Rosheim die reizende Wertkörper; ein Zwillingpaar vom dem Uebermut, der Gutmütigkeit und der Unwissenheit eines Terentians und einer höheren Tochter. Sie überboten sich beide an mäßigen Einfällen, die die Zuschauer zu Besseln auf offener Szene hinrißen. Anni Kreis war die verwöhnte, moderne junge Dame voller Ueberheblichkeit und geistigen Hochmuts. Ihr hübsches, trotziges Gesichtchen war am begabtesten, wenn sie, gegen ihren

Willen von der Liebe eingefangen und in der Furcht, lächerlich zu werden, unsicher wurde. Sie traf ganz prächtig den Wunsch des Autors, stets im Konflikt zwischen Leidenschaft und Verzogenheit Käse der Romanen zu zeigen und dabei doch leidenschaftliches Temperament vermuten zu lassen. Hans Herrmann-Schauhub hatte die schwere Rolle des welterfahrenen dienstfertigen Kellners und entzückte durch die tastende Bescheidenheit, mit der er aus dem Born seiner Erfahrungen schöpfte und Lebensweisheiten zum Besten gab. In der Rolle des Dr. Valentine überzeugte Rudolf Fernau nicht ganz. Man glaubte ihm nicht, daß er mit seiner Jungenhaftigkeit ein gefährlicher Mädchenjäger sein könnte. Der Besseln war außerordentlich stark. Ernst Degner.

Die Teilnehmer am 7. Internationalen Kongreß der höheren Schulen, der in Belgrad stattfand, nahmen einstimmig folgende Entschlüsse an: 1. Das Programm der verschiedenen Arten des Gymnasialunterrichts soll so weit wie möglich eingeschränkt werden, um es den Lehrern zu ermöglichen, an der Ausbildung der Intelligenz ihrer Schüler zu arbeiten und nicht nur deren Gedächtnis zu schulen; 2. die Anzahl der Examina soll auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden; 3. die Aufgabe des Gymnasialunterrichts besteht darin, eine Allgemeinbildung zu vermitteln und nicht ausschließlich eine Vorbereitung für die Universität zu sein; 4. der Gymnasialunterricht muß entsprechend den Grundfragen Darstons gestaltet werden in der Richtung auf eine Verminderung der Klassenstunden und auf eine Vermehrung der Arbeitsstunden der Lehrer mit den Schülern, entsprechend dem von dem Genfer Professor Ferrere beschriebenen Verfahren; 5. von dem Gymnasialunterricht erteilenden Lehrern ist eine genaue psychologische Kenntnis der Jugend zu fordern, und zwar in dem Sinne des besagten Verfahrens. Dem Kongreß ging eine große Anzahl von Sympathiehandlungen zu, vor allem von der italienischen Lehrervereinigung, deren Abordnung im letzten Augenblick verhindert worden war, nach Belgrad zu kommen. Nachdem der Kongreß geschlossen war, hielt der Vorstand eine Sitzung ab, in der Professor Bettete über die Tätigkeit des Internationalen Bureaus im letzten Jahre berichtete.

Gestaltungswagen der Woche. Montag: Thalia-Theater: Annemarie; Dienstag: Komödie: Der H. Trumb; Theater in der Königgräber Straße: Wie es euch gefällt; Großes Schauspielhaus: Der Dsch. Rejizenz; Theater: Jugendrunde; Zitanon-Theater: Frau Lehengrin; Nelson-Theater: Wiener Komiker-Theater; Donnerstag: Neues Theater am Joo: Die Polly; Freitag: Komödienhaus: Margarite; Sonnabend: Staatstheater: Der Dsch. Die große Katharina; Berliner Theater: Eine Nacht in Venedig; Kleines Theater: Besseln als früher.

Großes-Fest in Dessau. Am Dinstag am 28. August in der festlich geschmückten Neuen Kirche eine Gedenkstunde für Quin van Groos hat, an der sich zahlreiche Regierungsoffiziere und Offizierskader beteiligten. Quin van Groos, oder wie er sich lateinisiert hat, Hugo Groos, wurde gefeiert als der Vater des Völkerrechts, das er in seinem Werke „Ueber das Recht und Friedenrecht“ begründet hat, das 1825 zum ersten Male auf der Frankfurter Messe erschien und in dem alle Gedanken vom Völkerbund, von Abrüstungsbestrebungen und Schiedsgerichtsverfahren gewissermaßen ihren Ursprung haben. Die holländischen Abendblätter erschienen am 28. August zum großen Teil als Gedenkstunde.

Der tote General.

Zur Beisetzung Conrads von Höhendorf.

Während das Bürgerium Deutschlands und Oesterreichs die Beisetzung General Conrads auf Staatskosten und die feierliche Einholung des Ritters vom Orden „pour le Merite“ durch Offiziere der österreichischen und deutschen Republik mit großen Worten feiert, verbarri die Arbeiterklasse, die mit Bauern und Kleinbürgern dem österreichischen wie dem deutschen Heer das „Menschenmaterial“ für den großen Krieg gestellt hat, in ernstem Schwelgen, angelehnt dieser Entfaltung von Pomp und militärischen Ehren für den toten General.

General Conrad v. Höhendorf war kein Durchschnittsmensch wie manche deutsche „Feldwebelgesichter“ im Generalsrang, um im Sargon Wilhelms II. zu reden. Er hat sich in einer geradezu frapierend schnellen Laufbahn über den Lapp des österreichischen Generalsführers erhoben. Er war jederzeit nicht nur ein Befehlsführer, sondern auch ein politisch und allgemein wissenschaftlich denkender Soldat, trotz seines bis zu einem gewissen Grad fachlichbeschränkten militärischen Blicks.

Philosophisches Sinnieren in Schopenhauerscher Weltanschauung, Conrads Lieblingsbeschäftigung in seiner Ruhezeit, war zum mindesten keine gangbare Ware im deutschen Generalsstab, trotz Rolffe, Schlieffen und Freytagh-Loringhoven. Blendende Höflingsart und glatte Kavallermäßigkeit war nicht General Conrads Sache.

Als Divisionär in Triest erhielt er 1906 die Berufung zum Chef des Generalsstabes der Armee und räumte dann mit hartem Griff in der zur Zeit Bed allmählich verpumpten Institution auf. So wurde er in den weichen und arbeitscheuen hoffähigen Kreisen des kaiserlichen Wien ein Element der Unruhe und des ständigen Alarms vor dem Krieg. Aus Arbeitstriebe und Respektanachismus wurde er einer der gefährlichsten Heher zum Krieg. Er hat sein gerüttelt Maß Mißgeschick an dem Ausbruch der Weltkriegskatastrophe. Nicht als ob er allein sie frivol heraufbeschworen hätte, sondern dadurch, daß er im Juli 1914 mit seinem deutschen Kollegen Rolffe die militärpolitische Beschränkung der Kriegsgefahr so eng mit dem Aufmarschproblem verflocht, daß den von ihren Militärs abhängigen Monarchen nicht anderes übrig blieb als die Mobilmachung und die Kriegserklärung — um der militärischen „Patentlösung“ und Aufmarschdoctrin willen.

Die Führung der österreichisch-ungarischen Armee im Weltkrieg ist größtenteils sein Werk; ja über den Rahmen seines eigentlichen Kontingents hinaus hat er, der als theoretische Autorität und als der Träger ausgezeichneter Entwürfe und Operationspläne von der Militärwelt anerkannt wird, die deutsche Führung im Osten beeinflusst und die geistige Führung begeben, so z. B. bei der großen Durchbruchschlacht bei Gorlice-Tarnow und bei den Operationen in Polen wie am italienischen Kriegsschauplatz.

Seider hätte der operatio fruchtbar und höchst befähigte Kopf bei der Durchführung seiner Schlachtenpläne keine gute Hand, kein Glück, keine den Anforderungen seiner Strategie gewachsene Armee und keine Unterführer, sondern Russen im Generalsrang und mit dem Titel „Erzherzog“. So schreibt unser Wiener Bruderblatt mit Recht:

„Weil er unter den Russen, die damals regierten, unter den Lumpen und Schurken, die damals die Macht besaßen, doch, alles in allem genommen, der einzige Mann war, und sogar einer, den man persönlich nicht angreifen muß, um seine geschichtliche Unzulänglichkeit darzutun, eben deshalb fällt die Verantwortung, das Oesterreich-Ungarn auf den Krieg nicht verzichten wollte, auf den Krieg, der schmerzerade zum Weltkrieg führt, auf Conrad mit inermittler Wucht.“

Nicht daß Conrad den Weltkrieg verloren hat, sondern daß er in ihn gezogen ist, obwohl er sich, dazu waren seine militärischen Kenntnisse sicherlich ausreichend, darüber durchaus im klaren sein mußte, dieser Krieg sei nicht zu gewinnen, er müsse mit einer Katastrophe enden... das ist es, was Conrad als Staatsmann und Militär disqualifiziert. Schon wenn er diese vielen verstorbenen Erzherzoge betrachtet hätte, die man ihm als Generale und Führer ausgedrängt, schon da hätte er die Aussichtslosigkeit, einen durch schlechte Politik marodisch gewordenen Staat mittels eines Krieges neu zusammenkleben zu können, wahrnehmen müssen.“

Das schwankende Bild, das Conrads Strategie mit ihren himmelstürmenden Plänen und mit ihren zwangsläufigen Rückschlägen bot, erschütterte allmählich Conrads Autorität und löste seine Entlassung durch den Kaiser Karl aus. Seinem Charakter macht es allerdings alle Ehre, daß der 70jährige General als einfacher Korpskommandant an die Sonzo-Front ging, ohne Groll und ohne die Pose eines zu Unrecht seines Postens enthobenen Marschalls.

Nach dem Tode Rolffes, Bülow's und Klud's bedeutet General v. Conrads Ende den Schlußstrich unter eine deutschösterreichische militärische Führer-„Garnitur“. Ganz gleich, wie ihre strategischen Leistungen gewesen sind, ihre Namen sind verbunden mit der Einleitung des grauenvollsten Gemehls der Weltgeschichte, dieser viereinhalb-jährigen Rassen Schlacht. Und danach wird ihr Andenken gestaltet werden.

Die Warschauer Erschießungen.

Vor kaum einer Woche sind in Warschau drei Kommunisten standrechtlich erschossen worden. Der Präsident der Republik hatte sie trotz dringender Bitten der Verteidiger nicht begnadigt. Die Beiden hatten bei einer Straßendemonstration auf Polizeijisten, die sie verfolgten, geschossen und sie tödlich getroffen. Das dürfte immerhin nicht unbedingt als (vorbedachter) Mord zu bestrafen gewesen sein.

Da kurz vorher auch in Lemberg — wo Polen noch immer nicht „rechtmäßig“ herrscht, sondern „nur“ tatsächlich — standgerichtliche Hinrichtungen erfolgt waren, veranfaßte die Moskauer Internationale nun überall, wo sie das kann, Protestdemonstrationen. So z. B. gestern, Freitag, abends in Paris trotz polizeilichen Verbotes. Es kam zu Zusammenstößen. Es wurden 200 Verhaftungen vorgenommen; es hat auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gegeben. — In Warschau verlautet, daß der sowjetrussische Gesandte Bostow von seinem Posten abberufen worden ist. Es soll ihm vorgeworfen worden sein, während des Prozesses der drei erschossenen drei Kommunisten, Huebner und Genossen, sehr ungeschickt gehandelt zu haben.

Der Prozeß Muraszkio verschoben.

Warschau, 29. August. (Ill.) Der Prozeß in Romogrod gegen den Polizeisten Muraszkio, der die zum Austausch mit Sowjetrußland bestimmten, zum Tode verurteilten polnischen Kommunisten, Leutnant Baginski und Wiczorski kurz vor der Grenze im Eisenbahnzug ermordet hat, ist auf lange Zeit verschoben worden. Gleich nach der Eröffnung der Verhandlung stellen die Verteidiger den Antrag, den Ministerpräsidenten, den Chef des Generalsstabes, den Erzbischof sowie etwa 120 Sejmabgeordnete als Zeugen zu laden. Der Staatsanwalt erklärte sich gegen diese Forderungen. Das Gericht beschloß jedoch nach zweistündiger Beratung, dem Gesuch der Verteidigung stattzugeben, die Zeugen zu laden, und die Verhandlung zu vertagen.

Rauchers Klage.

Der Hochbahnzug hält. An den Coupéturen entspinnt sich ein stummer und dafür um so heftigerer Guerillakrieg. Vornehme Leute mit einer Fahrkarte zweiter Klasse gelangen nach einem unerforschlichen Ratteklug in ein Abteil der dritten und quetschen sich wieder hinaus. Damen, die vorgeben, keinen Tabakrauch zu vertragen, können, sehen sich plötzlich in Rauchwolken ertrinken, während leidenschaftliche Raucher mit mathematischer Sicherheit ihr Heim auf dem Raucherabteil sichtbar ist. Man läuft also wild durcheinander, bis man sich schließlich doch in einem falschen Abteil untergebracht sieht. Der Zug fährt selbstverständlich mit Verspätung ab.

Raucherabteile erfreuen sich überall, wo sie in die Erscheinung treten, großer Beliebtheit, besonders bei den — Nichtrauchern. Jeder Nichtraucher, der nur etwas auf sich hält, logiert mit betonter Entschiedenheit in Raucherabteilen und beglückt den Raucher mit gramdurstwühlenden Blicken. Ältere Damen entwickeln bei diesen Gelegenheiten besonders zartes Loftegefühl, indem sie immer wieder in scharfem Bühnentone behaupten, sie könnten bestimmt keinen Rauch vertragen, und in früheren Zeiten seien die Männer ritterlicher gewesen. Daß daneben unentwegt Hustenanfälle durch das Abteil tremolieren, ist eine Selbstverständlichkeit. Jüngere Damen wirken weniger störend, sie begnügen sich mit ihrem mehr oder minder reizenden Toiein und nehmen den Rauchern höchstens die Plätze fort. Doch in irgendeinem Nichtraucherabteil steht ein Raucher verfürbt und bedrückt in einer Ecke und lüchelt verstoßen an seiner kostbaren Zigarre, die keineswegs auf dem Transport ausgehen darf. Natürlich sieht das ein zufällig vorhandener Ordnungsfanatiker, wilde Orgeln in Meinungsverschiedenheiten brechen plötzlich aus, dem ertappten Raucher erscheint das Leben von neuem aschgrau angestrichen.

Überall leiden die Raucher. In der Straßenbahn sind sie auf dem hinteren Perron untergebracht oder in dem Anhängewagen, der manchmal noch recht klein ist und in Zeiten des stärksten Verkehrs auch noch ausfällt. Die Stadtbahn bestraft sogar das Rauchen in Nichtrauchercoupés mit zwanzig Mark, trotzdem doppelt so viel Nichtraucher als Raucherwagen vorhanden sind. Es gibt für Raucher eben nur Hindernisse in der modernen Verkehrsmedizin. Aber sind denn Raucherabteile im Stadtverkehr überhaupt notwendig? Ist diese Einteilung in Raucher- und Nichtraucherabteile nicht überflüssig? Auch ein leidenschaftlicher Raucher kann sich für eine kurze Zeit beherrschen. Besser wäre es gut, wenn alle Raucherabteile im Stadtverkehr abgeschafft werden würden. Dann gäbe es kein wildes Durcheinanderrennen mehr, der Raucher hätte nicht mehr das niederdrückende Gefühl, als lästiger Eindringling betrachtet zu werden und der Verkehr würde sich entschieden schneller abwickeln.

„180 Puffschiffengewehr.“

Der raffinierte Trick eines Wohnungsdiebes.

Aus dem Leben des Museumsdiebes und angeblichen Kunstmalers Walter Wohlge-muth hat die Verhandlung, die gegen ihn und die Modistin Else B. vor dem Schöffengericht Charlottenburg stattfand, einen interessanten Auschnitt. Wohlge-muth ist bekanntlich der Mann, der aus dem Königsberger Museum zwei sehr wertvolle alte Meister entwendete, indem er die Bilder aus dem Rahmen schnitt. Der Tatbestand der vorliegenden Anklage wegen Diebstahls war die Vorgeschichte dazu.

Als die Angeklagte B., die als Schneiderin tätig war und bei einer Gräfin Westarp als Untermieterin wohnte, eines Abends aus dem Kino kam, hatte Wohlge-muth als Kunstmalers Baron v. Edard mit ihr angebandelt, und schließlich entstand zwischen beiden ein Liebesverhältnis. Da klingelte eines Mittags der Baron auf ihrer Arbeitsstelle plötzlich an und bat um eine schleunigste Zusammenkunft. Ganz aufgeregt erzählte er ihr dann, daß in seinem Atelier 180 Gewehre, die für eine Rechtsorganisation bestimmt gewesen seien und die er dort als deren Mitglied versteckt habe, gefunden worden seien. Er müsse sich daher bei ihr einige Tage verbergen. In ihrer großen Verliebtheit gewährte die B. ihm auch nach einigem Widerstreben den gemünsteten Unterschlupf in ihrer Wohnung, deren Besitzerin gerade verreist war und ihr die Obhut ihrer Wohnung anvertraut hatte. Wohlge-muth hatte damit seinen Zweck erreicht, denn er fing sogleich an, die Wohnung der Gräfin gehörig auszuplündern und Schmucksachen und Bilder zu stehlen, was nach Angabe der Bestohlenen ihr einen Schaden von 20000 M. verursachte. Die B. hatte zwar an dem Verschwinden eines kleinen Bildes sofort gemerkt, was vorging, aber sie will in ihrer Verliebtheit es nicht vermocht haben, ihrem Geliebten Vorhaltungen zu machen und ihn von seinem Tun abzuhalten. Kurz vor der Rückkehr der Gräfin veranlaßte Wohlge-muth dann die B., mit ihm nach Königsberg zu fahren, wo sie ein sorgenloses freies Leben haben sollte. Dort beging er dann den erwähnten Bilderdiebstahl. Hierauf wurde das Paar verhaftet. In der Verhandlung unterlag die B. Wohlge-muth die Schilderungen der B., indem er eine aufgeschlagene Bibel in den Händen hielt und salbungsvoll erklärte: „Dieser Mensch ist die verkörperte Wahrheit.“ Die Verhandlung gegen beide verlief schließlich derart, daß erst Klarheit über den Geisteszustand des Wohlge-muth, der schon einmal auf Grund des § 51 freigesprochen worden ist, geschaffen werden mußte und dies gerade für die B. rechtlich von ausschlaggebender Bedeutung werden könnte.

Verhängnisvoller Berufsunfall.

Durch einen sonderbaren Unfall hat der Tischler Alois Schleichler, der in einer Holzbearbeitungsfabrik beschäftigt war, seinen Tod gefunden. Während Schl. an der Sägemaschine beschäftigt war, stöß ihm ein spitzer kleiner Holzsplitter in das rechte Auge. Statt zum Arzt oder zur Unfallstelle zu gehen, entfernte er selbst den Fremdkörper aus dem Auge und mußte dabei mit unfauberen Fingern die kleine blutende Wunde berührt haben. Nachmittags schwell das Gesicht des Mannes, der heftige Schmerzen auszuhalten hatte, stark an; so daß man ihn nach der Klinik transportieren mußte. Dort starb er nach einigen Stunden unter entsetzlichen Qualen.

Denkmalschänder.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen Denkmäler auf öffentlichen Plätzen und Anlagen von böswilligen Händen beschädigt werden. Erst kürzlich berichteten wir, daß der Bogen der Diana auf dem Johannaplatz im Grünwald zerbrochen worden war. Gestern nacht wurde von der Statue des Speerwerfers im Schöneberger Stadtpark, dicht an der Kaiserallee, der Speerstaffel abgebrochen und entwendet. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Ein Bahnhofswirt als Hoflieferant.

Nachdem die Durchhaltehelden im November 1918 gesehen hatten, daß das betrogene Volk ihnen nicht an den Stragen ging, kamen sie nach und nach wieder „mülig“ aus ihren Kauschloßern hervor. Im ganzen Reiche, insbesondere in Thüringen und dem gesamten Mitteldeutschland holten die Herren „Hoflieferanten“ ihre verstaubten Plaketten in dem Augenblicke wieder hervor, als die Aktion der im Herbst 1923 gegen die bayerischen Hitler-Banden eingeleitete Reichswehr den Erfolg hatte, daß die mitteldeutschen Hafentaxenler obenauf kamen. So hat der Bahnhofswirt in Halle a. d. S., Emil Raumann, seit dieser Zeit auf die Speisefarten seinen Hoflieferantentitel in Felddruck gesetzt. Für welchen „Hof“ mag dieser Speisewirt eines republikanischen Unternehmens wohl liefern? Noch interessanter ist eine Betrachtung der Anklagen in

der Bahnhofsbuchhandlung in Halle. Neben den „Leipziger neuesten Nachrichten“ sieht man an hervorragender Stelle den „Friederikus“ im trauten Verein mit „Wermolt“, „Stadtheim“, „Wahrheit“ usw. Man sieht kein republikanisches Blatt, keinen „Vorwärts“, keine „Reichsbannerzeitung“ usw. Fragt man danach, sind sie angeblich „gerade immer ausgegangen“. Man hat jedoch noch niemals, weder hier noch anderer Stelle, feststellen können, daß man sich angelehnt der sehr regen Nachfrage dazu aufgeschwungen hat, bei den Verlegern eine größere Belieferung zu verlangen.

Veruntreuungen im Amt.

Ein geschäftstüchtiger Gemeindevorsteher.

Wegen mehrerer Vergehen im Amt hatte sich der frühere Gemeindevorsteher des Ortes Senzig bei Königswusterhausen, Johannes Friedewald, vor dem Großen Schöffengericht Neutölln zu verantworten.

Am 23. Oktober v. J. wurde der Gemeindevorsteher in Senzig seines Amtes enthoben, weil Gerüchte über ihn im Umlauf waren, die mit dem Amt, das er bekleidete, nicht in Einklang zu bringen waren. An seiner Stelle wurde der Polizeiwachmeister Schmidt zum Gemeindevorsteher ernannt, der auch schon früher diesen Posten bekleidet hatte. Kurz nach der Wahl Schmidts liefen beim Kreisaußschuß des Kreises Litzow ein Wahl einpruch ein, der die Unterzeichner Krüger und Hellwig trug. Zwei Tage später erschien dann Friedewald persönlich beim Kreisaußschuß und verlangte den Einspruch zurück, weil dieser einige Fehler enthielt. Dem zuständigen Beamten kam die Angelegenheit verächtlich vor, er behielt das Schreiben zurück und stellte nach dem Ursprung des Einspruches nähere Nachforschungen an. Dabei ergab sich, daß die angelegten Unterzeichner Krüger und Hellwig von der Abfindung des Briefes keine Ahnung hatten, und daß mit ihren Unterschriften Mißbrauch getrieben worden war. Kummern wurden auch innerhalb der Gemeinde über die Geschäftsführung Nachforschungen angestellt. Dabei ermittelte man, daß Friedewald fortgesetzt Mißunterstellungen begangen habe. Die von ihm geführten Bücher waren nicht korrekt geführt, so daß sich Feststellungen über geleistete Steuerzahlungen nicht ermitteln ließen. Es stellte sich ferner heraus, daß Friedewald an einen gewissen Hugmann, der Armenunterstützung bezog, anstatt der ihm zustehenden 16,50 M. nur 6,50 M. im Monat gezahlt hatte. In einem anderen Falle hatte Friedewald einem Unterstützungsberechtigten 30 M. unterschlagen. Im Herbst 1923 kaufte die Gemeinde Kartoffeln, die Friedewald dann an die Einwohner weitergab. Hierbei erzielte der Gemeindevorsteher einen Nutzen von 200 M., der jedoch nicht in die Gemeindefasse, sondern in seine eigene Tasche floß. Weiterhin zwangte er von den 200 Zentnern etwa 30 Zentner für den eigenen Bedarf ab, deren Bezahlung Friedewald der Gemeinde gegenüber schuldig blieb. Ebenso geschäftstüchtig erwies er sich bei einem größeren Weizenkauf der Gemeinde. Friedewald ging sogar soweit, daß er Erwerbslosenlisten fälschte und auf diese Art und Weise namhafte Beträge sich in die Tasche steckte. Weiter fälschte er die Kirchensteuerlisten und erhob selbstständig einen Zuschlag von 10 Prozent auf die rechtmäßig zu zahlenden Beträge, die er für sich verbrauchte. In ähnlicher Weise schädigte er die Krankenkassen, denen er Beiträge in Höhe von einigen Hundert Mark unterschlug. Schließlich gab sich der tüchtige Gemeindevorsteher mit Wohnungsdiebstehlen ab und verschaffte einem Freunde innerhalb seines Bezirkes eine größere Wohnung. Kurz darauf erhielt Friedewald ein Darlehen von 50000 Papiermark im Jahre 1923, das nicht zurückgezahlt worden ist. Friedewald hatte sich vor dem Großen Schöffengericht wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung, passiver Bestechung, falscher Beurkundung und verjüngten Betruges zu verantworten. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen den ungetreuen Gemeindevorsteher eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Friedewald wegen Urkundenfälschung, falscher Beurkundung und schwerer Amtsunterschlagung auf ein Jahr zwei Monate Gefängnis. Vier Monate und 27 Tage wurden durch die erlassene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. Dem Angeklagten wurde für den Strafrest eine dreijährige Strafaussetzung mit Aussicht auf spätere Begnadigung gewährt.

„Unser Heer.“

Von einer Verlagsgesellschaft „Kameradschaft“ wird an die Herren Leiter der deutschen Schulen ein Prospekt verandt, der ein Buch über den Befreiungskrieg 1813/15 anpreist. „Deutscher Geist, deutsche Männer bilden uns ins Auge“, heißt es in dem Aufruf. Es wird weiter festgestellt und offenbar als selbstverständlich hingenommen, daß das Bestreben der Leiter der deutschen Schulen und der Lehrkollegien dahin geht, die Jugend mit echt vaterländischem Geiste (!) zu erfüllen. Auf die jungen Leute, die jetzt unter Ihrer Obhut stehen, wird es ankommen, wie schnell sich Deutschland wieder aus dem jetzigen Elend erhebt. Die höheren Schüler sind jetzt unser Heer, die Leiter der Bildungsinstitute unsere Heerführer.“ Der Reklamechef der Verlagsgesellschaft weiß scheinbar sehr gut, worauf es ankommt, wenn er an den höheren Schulen sein Buch absetzen will. Interessant ist aber die Feststellung des Prospektes, daß das Buch als Schulräumie sehr beliebt ist und feinerzeit vom preussischen Kultusminister angekauft und empfohlen wurde. Wir können uns nicht recht vorstellen, daß ein Werk, das mit solchen Reklamemitteln angepriesen wird, wirklichen kulturhistorischen Wert haben kann. Es wird die Verherrlichung altpreussischen Gemüts zum Gegenstand haben. Deshalb müssen die Schulaufsichtsbehörden ein wachsames Auge darauf haben, daß die Staatsmittel der Schulen, so wie es in dem Prospekt verlangt wird, nicht für solche Nachwerke ausgegeben werden.

Premiere in der „Rakete“.

Der erste Abend der „Rakete“ in der Kantstraße war vielversprechend. Kurt Robitschke war der Anführer, wichtig wie immer, ein unerreichter Meister der Situationskomik. Man stillerte sich auf die nicht fertig gewordene Vorstellung, und zog hieraus seine stärksten Wirtungen. Besonders die Aufführung der parodistischen Operette „Aspasia“ war noch weniger als Generalprobe und gerade deshalb um so wichtiger und mitreißender. Es bedeutet schon ein großes Vergnügen, zu sehen, wie Paul Morgan absichtlich stecken bleibt. Robitschke und Morgan sind die Verfasser dieser geistreichen Angelegenheit, zu der Billy Rosen eine prächtige Musik gemacht hat! Vorher ein guter Kabarettist. Juliette Boulan ist reizvoll in spanischen Tänzen, Hanni Rosen stellt Zille-Bilder und spielt das Kind der Gasse. Die zwölf Tiller-Girls verfügen über gut geschnittene Pagenköpfe. Der Haupterfolg des Abends bleiben aber Robitschke, Morgan und Rosa Balletti.

Konzert in Buch. Eine große Ueberraschung bereitete der Schuberthor kürzlich den Anossen der Fürsorgeanstalten in Buch mit einem Freitanzert. Der dem Arbeiterfängerbund angehörende Verein hat schon öfters in ungenügender Weise seine Kunst in den Dienst der Fürsorge für Alte und Kranke gestellt; er erntete auch in Buch reichen, dankbaren Beifall.

Bezirksverband der Kleingärtner Prenzlauer Berg und Friedrichshain e. V. Große öffentliche Kundgebung aller Kleingärtner und der kumpatiblerenden Bevölkerung des Bezirks Prenzlauer Berg und Friedrichshain am Sonntag, den 30. August, 1/2 Uhr, auf dem großen Sportplatz im Friedrichshain. Zweck der Versammlung: Wert und Zweck des Dauerkoloniengebiets und der Gemarkungsgebiete für die Volksmassen der Großstadtbevölkerung.

Plage und Ernährung des Säuglings. Am Donnerstag, den 10. September beginnt im Kaiserin-Auguste-Victoria-Haus, Charlottenburg, Brandstraße 3 (Straßenbahnhof Westend) ein Kursus für Mütter und Mädchen, in dem alles das theoretisch und praktisch gelehrt wird, was eine Frau von der Pflege und Ernährung des Säuglings wissen muß. Der Kursus umfaßt 4 Doppelstunden, jeweils Donnerstag von 3-5 Uhr. Die Eintrittsgelder von M. 8.— im Büro der Anstalt zu entrichten.

